

EXTRA: Mit dem „Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden“ unterwegs

Mitten im politischen Schaulaufen

Großkampftage für Gisela Mayer und Hardy Schober: Termine über Termine, Sachverständigen-Anhörung in Berlin und TV-Diskussionsrunde in Magdeburg

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIEDER
NILS GRAEFE

Berlin/Magdeburg. Ein Blick hinüber auf die andere Seite, über den kahl-kühlen Boden des Atriums, auf dem die Echos von Schritten mit harten Absätzen in den Höhen und von den Betonwänden der postmodern-architektonischen Konstruktion widerklingen. Dort, hinter der Glasfassade eines Besprechungszimmers im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Deutschen Bundestages in Berlin, sitzen Gisela Mayer und Hardy Schober vom Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden vor den Mitgliedern des Innenausschusses und erzählen ihre Sicht der Dinge.

Es geht ums Waffenrecht. Zunächst unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Die wartet samt Presse, einmal die Ecke und durch mehrere Glasuren vor dem Anhörsaal bereits auf den öffentlichen Teil mit Sachverständigen und Publikum. Es ist 14.45 Uhr und Montag, der 15. Juni.

Eine Stunde früher vor dem Haus. Eilfertig kommt Dr. Heinz-Willi Heynckes, mit Ordner unterm Arm, die Fußgängerstraße hinunter und streckt Gisela Mayer und Hardy Schober die Hand entgegen. „Schön, dass Sie gekommen sind.“ Als „kleiner Beamter“ und Sekretär des Innenausschusses dürfe er zwar keine Stellungnahmen abgeben, „aber so viel kann ich Ihnen sagen, nach öffentlichen Anhörungen kann es sehr wohl noch zu Änderungen von Gesetzesvorhaben kommen.“

Ein Hoffnungsschimmer? Die Erinnerung an eine Äußerung Gisela Mayers kurz vorher: „Es ist noch nicht klar, wie es ablaufen wird, aber wenn wir gedacht hätten, es wäre ein Cafékränzchen, wären wir sicher nicht nach Berlin gekommen. Wir haben Forderungen und die werden wir sachlich, aber bestimmt vorbringen.“

Roman Graefe aus dem Hessischen, Aktivist der Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ und von den Grünen geladener Sachverständiger für die Anhörung, ist pessimistischer: „Es ist nicht zu erwarten, dass der Ausschuss eine Gesetzesänderung klappt, die er selbst entworfen hat“ und die noch in dieser Legislaturperiode in trockener Tücher gebracht werden soll.

Circa 14.30 Uhr, Roman Graefe, weiter im Freien, vor dem Hohen Hause, ist entzückt über eine ankommende, knapp 20-köpfige Streikabordnung des Bundesverbandes der Grünen. „Hausverbot für Waffen“, „Privat-haushalte entwaffnen und großkalibrige Sportwaffen verbieten!“ steht auf den Plakaten und Flugblättern.

Drinnen ist Friedrich Gepochth, Präsident des Bundes Deutscher Schützen (BDS), gerade durch den Sicherheitscheck im Eingangsbereich des Gebäudes gegangen und schaut nach draußen. „Hier und nicht demonstrieren“, sagt er vor sich hin. Als bald kommt auch schon die Polizei und löst die Protestversammlung auf.

Kurz vor 15 Uhr ist die nichtöffentliche Aussprache in der „Glasvitrine“ vorbei. Die Innenausschussmitglieder eilen zum Anhörsaal. Nur deren Gesprächspartner, die beiden Mitglieder des Aktionsbündnisses Amoklauf Winnenden, geben Kurzinterviews. Hardy Schober: „Die Abgeordneten haben uns gesagt, dass die Verhandlungsbasis nicht mehr groß ist. Wenn, dann wird nur noch an den bereits vorgeschlagenen Waffenrechtsänderungen feingestrichen.“ Gisela Mayer: „Man hat uns durchaus wahrgenommen und unsere Forderungen angehört. Ich habe die Hoffnung, dass wir, auch wenn es schon fünf vor zwölf ist, noch etwas erreichen können.“

Doch um 15 Uhr beginnen dreieinhalb Stunden des politischen Schaulaufens, eigentlich des Schauspielens; eine Zeit des elenken Zersärens in unruhigen, Detailfragen, des Wiederkäuens längst widerlegter „Argumente“ und des Zündens von Nebelkerzen jeglicher Art. Freilich ohne Zu-



Streitgespräch nach der MDR-Sendung „Fakt ist...!“ am Montagabend in Magdeburg (vorne von links): Bernd Carstensen vom Bund Deutscher Kriminalbeamter sowie Gisela Mayer und Hardy Schober diskutieren mit Joachim Streitberger vom Interessverband der Waffenbesitzer. Hinten: CDU-Mann Wolfgang Bosbach im Gespräch mit Armatix-Geschäftsführer Bernd Dietel (rechts).
Bilder: Graefe

tun von Hardy Schober, Gisela Mayer und so manch anderer. Und all dies vor Publikum. 170 Gästeplätze sind auf der hohen Empore des Anhörsaales, zehn, höchstens fünfzehn noch frei.

Recht auf Leben

und das Großkaliber-Sportschießen

Gisela Mayer sitzt zusammen mit Hardy Schober unten ganz links im Halbkreis der Sachverständigen. Ihr ist es zu Beginn einmal gestattet, eine Stellungnahme abzugeben, in der alphabetischen Reihenfolge als Achte. Dies anstatt der Sachverständigen Britta Bannenberg, Professorin für Kriminologie an der Universität Gießen. Das Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden hat Bannenberg als Sachverständige vorgeschlagen, weil sie in der Expertenkommission der baden-württembergischen Landesregierung zu Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden mitwirkt.

„Die Verfügbarkeit von großkalibrigen Schusswaffen sowie die Ausbildung im Umgang mit diesen sind Schlüsselkriterien für Ausföhrung und Schwere der Folgen von Schulausläufen“, liest Mayer ruhig und deutlich aus ihrem Manuskript vor. Sie ist vorbereitet. Hat Radio, Fernsehen und Printmedien schon ungezählte Interviews gegeben – auch schon an diesem Montagvormittag. Weiß, wie wichtig es ist, sachlich und schlüssig zu argumentieren, um Gehör zu finden. Und sie kann dies. Die 52-Jährige aus dem Raum Backnang arbeitet als Lehrerin für Ethik und Philosophie, zudem ist sie studierte Psychologin. Und sie kann dies auch, obwohl der Schmerz tief in ihr drin sitzt und arbeitet – der Schmerz über den Verlust ihrer 24-jährigen Tochter Nina. Die geneigte Aufmerksamkeit im Anhörsaal ist ihr gewiss.

Mayer formuliert unter anderem die Forderung des Aktionsbündnisses aus, Großkaliber-Kurzwaffen im Schießsport zu verbieten. Kurzwaffen hätten ein höheres Missbrauchsrisiko als Langwaffen, sagt Mayer. Und Durchschlagskraft und Feuerkraft (15-schüssiges Magazin) von Großkalibern seien immens. Laut Sportordnung der Bundeswehr, Mitglied einer 550 Jahre alten Schützengesellschaft und Freund einfacher Gleichungen zu erkennen: Vorschläge zum besseren Vollzug des Waffenrechts gut. Sportschützen und Jäger unter Generalverdacht = schlecht. Sportschützen und Jäger = gesetzestreue Bürger.

Die Stichworte gesetzestreue Bürger und inakzeptabler Generalverdacht scheinen auch Rainer Hofius, Oberstaatsanwalt in Mainz, sowie Jürgen Kohlheim, Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes, überaus wichtig. Genauso wie die wiederholte Betonung, dass illegale Waffen in den Kriminalitätsstatistiken das größte Problem darstellen und nicht die legalen. Gleichwohl will Hofius „nicht verhellen“, dass ihm Fälle der illegalen Aufbewahrung von legalen Schusswaffen außerhalb der vorgeschriebenen Tresore, insbesondere im Schlafzimmer, in seiner „staatsanwaltschaftlichen Praxis schon öfter begegnet sind“. Bei

fe eine acht Zentimeter starke Vollholztür, den Körper einer in acht Metern Entfernung stehenden Lehrerin und blieb dahinter in dem Alurahmen eines Fensters stecken. „Der Fehler geschah unseres Erachtens zu dem Zeitpunkt, als man Großkaliber-Kurzwaffen als Sportwaffen zuließ – damals in den 80ern. Aber diesen Fehler müsse man nunmehr korrigieren. Es gebe keinen positiven Grund, „diese Waffen“ im Sportbereich weiter zuzulassen.“

Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit stehe über dem Recht auf die freie Ausübung von „Sportarten“ wie das Großkaliber-Schießen, die noch nicht einmal olympische Disziplinen seien.

Sachverständige

und ihre Standpunkte

Mit dem Fortschreiten der Anhörung geraten Gisela Mayers Mahnungen als bald in einer verwirrenden und verstörenden Gemengelage in den Hintergrund. Versucht man Ordnung in den Detailfragen-Wirrwarr zu bringen, so lassen sich den Sachverständigen folgende ausgewählte Standpunkte zuordnen:

Dr. Dieter Deuschle aus Esslingen, Rechtsanwalt und baden-württembergischer Landesjägersmeister, überrascht mit der Äußerung, wenn sich verdachtsunabhängige Kontrollen nur auf die Waffenaufbewahrung zu Hause im Tresor beziehen, die Unverletzlichkeit der Wohnung erhalten bleibe – er dagegen also keine verfassungsrechtlichen Bedenken habe. Waffenrechtsverschärfungen an sich hält Deuschle aber für untauglich, Amokläufe zu verhindern. Die Ursachen seien eher in der Entwicklung und Sozialisierung von Jugendlichen, in Erziehungsdefiziten, in tiefer sitzenden Problemen der Gesellschaft zu suchen.

Joachim Herrmann, bayerischer CSU-Innenminister, gibt sich als Reserveoffizier der Bundeswehr. Mitglied einer 550 Jahre alten Schützengesellschaft und Freund einfacher Gleichungen zu erkennen: Vorschläge zum besseren Vollzug des Waffenrechts gut. Sportschützen und Jäger unter Generalverdacht = schlecht. Sportschützen und Jäger = gesetzestreue Bürger.

Die Stichworte gesetzestreue Bürger und inakzeptabler Generalverdacht scheinen auch Rainer Hofius, Oberstaatsanwalt in Mainz, sowie Jürgen Kohlheim, Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes, überaus wichtig. Genauso wie die wiederholte Betonung, dass illegale Waffen in den Kriminalitätsstatistiken das größte Problem darstellen und nicht die legalen. Gleichwohl will Hofius „nicht verhellen“, dass ihm Fälle der illegalen Aufbewahrung von legalen Schusswaffen außerhalb der vorgeschriebenen Tresore, insbesondere im Schlafzimmer, in seiner „staatsanwaltschaftlichen Praxis schon öfter begegnet sind“. Bei

DSB-Mann Kohlheim fehlt freilich nicht die Behauptung, dass die Tatwaffe nicht maßgeblich sei, sondern der Mensch sei erst zum Mordinstrument mache.

Bernd Carstensen vom Bund Deutscher Kriminalbeamter hingegen sagt, Täter bei sogenannten School-Shootings (Massakern in Schulen) seien von anderen Tätern zu unterscheiden. Denn für sie seien die zur Zeit des Tatenfalls leicht zugängliche Schusswaffe und Munition maßgeblich entscheidend. Darum präferiert Carstensen die getrennte Aufbewahrung, genauer zentrale Lagerungen von Munition.

Die illegale Nutzung von Legalwaffen als ein immer wiederkehrendes Muster bei School-Shootings konkretisiert noch mehr Professorin Britta Bannenberg. Täter von Amokläufen in Schulen seien anders als typische Kriminelle oder Gewalttäter. „Sie sind eher unauffällig und schrecken vor direkter körperlicher Gewalt zurück.“ Umso bedeutender sei die Affinität zu Schusswaffen, weil es sich hier um Distanzwaffen handelt, und die emotionale Entkopplung bei deren Gebrauch viel einfacher sei. „So greifen solche Amoktäter in den meisten Fällen auch auf Legalwaffen zurück, weil diese beispielsweise in der Familie verfügbar sind.“ Für Täter von School-Shootings sei es untypisch, überhaupt den Versuch zu

unternehmen, an illegale Waffen zu kommen. „Meistens scheitern solche Versuche, übers Internet zum Beispiel, kläglich.“

Der von mehreren Seiten ins Gremium gestreute Behauptung, Großkaliber- und Kleinkaliber-Waffen seien als Tatwerkzeuge potenziell gleich tödlich, entgegnete Prof. Bannenberg mit dem kriminologischen Forschungsergebnis, dass besonders Großkaliber in der Vorstellungswelt

von Amokläufern ungleich höher bewertet würden – sie besonderer Machtdemonstration und als imageträchtiges Statussymbol. Die Zahl der verlorenen Opfer sei solchen Tätern ebenfalls wichtig.

Für besonderes Aufsehen sorgte Roman Graefe als Sachverständiger auf Einladung der Grünen. Er spricht von einer „Mittelschuld“ der Bundestagsabgeordneten, da

Wie es weitergeht

Der Innenausschuss hat am heutigen Mittwoch seine letzte interne Beratung zu den Waffenrechtsänderungen. Am morgigen Donnerstag ist die Lesung im November. Es gilt als sicher, dass die Novellierung beschlossen wird. Zur Erinnerung drei Kernpunkte: Großkaliberschießen erst ab 18, verdachtsunabhängige Kontrollen der Waffenaufbewahrung zuhause, fortlaufende Bedürfnisprüfung (werden Waffen auch tatsächlich regelmäßig für das Sportschießen gebraucht?)

sie durch halbherzige Waffenrechtsverschärfungen nach Erfurt 2002 den Amoklauf in Winnenden nicht verhindert hätten und auch diesmal in der Gefahr stünden, künftige Taten mitzuverantworten, weil sie nicht entschlossen handeln würden. Auch wirft er dem Innenausschuss enge Verbindungen zu Waffenlobbyisten vor. Seine Beschuldigungen werden allen voran vom Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD) zurückgewiesen.

Nach der Anhörung, gegen 18.30 Uhr. Einzelgespräche, Visitenkarten-Austausch. FDP-Bundestagsabgeordneter Hartfried Wolff aus dem Wahlkreis Waiblingen und Mitglied des Innenausschusses glaubt nicht, dass an den geplanten Waffenrechtsänderungen noch großartig herumgedoktert wird – dafür sei jetzt auch die Zeit nicht mehr da (siehe Textbox „Wie es weitergeht“), vielleicht aber in der kommenden Legislaturperiode nach den Wahlen im September. Das Gespräch wird unterbrochen durch den BDS-Präsidenten Friedrich Gepochth. Er kündigt an, sich bei Wolff melden zu wollen. Wolff später dazu: „Man kann sich seine Fans nicht aussuchen.“

Hinter der Bühne

in Magdeburg und Stuttgart

Nach 19 Uhr. Hardy Schober und Gisela Mayer fahren im Privat-Pkw weiter nach Magdeburg. Dort MDR-Live-Sendung „Fakt ist...!“ Eine Einspieler-Sendung: Die Firma Armatix stellt Waffensicherungs-systeme vor. Besonders von den biometrischen zeigen sich die TV-Diskussionsgäste Gisela Mayer und Wolfgang Bosbach (CDU) nach der Sendung angetan. Gisela Mayer: „Man muss natürlich von neutraler Stelle ganz genau überprüfen, ob und wie diese Systeme funktionieren.“ Armatix führt diesbezüglich gerade einen Rechtsstreit mit der ZDF-Sendung „Frontal 21“, die die Waffenaufbewahrung „Quicklock“ spielend leicht geknackt haben will.

Wie sieht Wolfgang Bosbach die allgemeine Waffenrechtsdiskussion? „Ich bin jetzt neun Jahre stellvertretender CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzender, aber eine solche Heftigkeit des Widerstandes in der eigenen Fraktion wie hier beim Waffenrecht habe ich noch nie erlebt. Das hat mich sehr betroffen gemacht.“ Offenbar habe die Lobbyarbeit der Waffeninteressenverbände vorzüglich funktioniert. Die Sportschützen seien eine Minderheit im Lande, aber eine sehr gut organisierte. Auch er sei mit E-Mails überschüttet worden. Bosbach außerdem: „Ich glaube, wenn die FDP im Herbst mit an die Regierung kommt, wird sich in puncto Waffenrecht noch weniger verändern. Die machen doch immer so auf liberal.“

Dienstag, 6.30 Uhr. Für Gisela Mayer und Hardy Schober geht es von Magdeburg zurück ins Landle. „Wir sind in Berlin wahrgenommen worden und man nimmt uns als Gesprächspartner ernst“, resümiert Gisela Mayer. „Auch wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden: Wir machen auf diesem Weg weiter“, ergänzt Hardy Schober. In Stuttgart ist am Dienstagmorgen dann ein nichtöffentlicher Treffen mit der Expertenkommission der Landesregierung zu Konsequenzen aus dem Amoklauf angesetzt. Am Vormittag traf sich bereits andere Mitglieder des Aktionsbündnisses mit dem Landtags-Sonderausschuss um Christoph Palm in Winnenden.



Roman Graefe mit Demonstranten der Grünen vor der öffentlichen Anhörung in Berlin.